Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung personenbezogener Daten

zwischen der Stadt Leverkusen – vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath – (im Folgenden „Auftraggeber“) und dem Kreis Viersen – vertreten durch Herrn Landrat Dr. Andreas Coenen – (im Folgenden „Auftragnehmer“):

Präambel

Aufgrund der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Datenschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) wird in Ergänzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Beihilfebearbeitung für die Bediensteten der Stadt Leverkusen durch den Kreis Viersen die nachfolgende Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung personenbezogener Daten geschlossen. Diese stellt sicher, dass die Datenverarbeitung in rechtlich zulässiger Form verläuft. In den Fällen, in denen im Rahmen der zugrundeliegenden Zusammenarbeit von dieser Vereinbarung abweichende Regelungen getroffen wurden, werden diese durch die nachfolgenden Bestimmungen ersetzt, im Übrigen ergänzt.

§ 1 Gegenstand

- (1) Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten im Auftrag des Auftraggebers auf der Grundlage der oben genannten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.
- (2) Der Auftrag umfasst insbesondere die folgenden Arbeiten:
  - Stammdatenpflege im Beihilfebearbeitungsprogramm
  - Bearbeitung und Festsetzung von Beihilfen
  - Genehmigungsverfahren, Prüfungen und Kostenübernahmeerklärungen
  - Einzelfallbezogene Entscheidungen
  - Festsetzung und Zahlung von Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen
  - Persönliche und telefonische Beratung in allen Beihilfeangelegenheiten
  - Bescheinigungen über Beihilfeansprüche
  - Durchführung von Widerspruchsverfahren
  - Beratung bei verwaltungsgerichtlichen Verfahren
  - Erstellung einer Datei zur Zahlbarmachung der Beihilfen und Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen

§ 2 Pflichten des Auftraggebers

- (1) Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Datenverarbeitung sowie für die Wahrung der Rechte der Betroffenen ist allein der Auftraggeber verantwortlich.
- (2) Der Auftraggeber erteilt alle Aufträge oder Teilaufträge schriftlich. Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes und Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen.
- (3) Der Auftraggeber hat das Recht, Weisungen über Art, Umfang und Verfahren der Datenverarbeitung zu erteilen. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich zu bestätigen. Die weisungsberechtigten Personen des Auftraggebers sowie die Weisungsempfänger beim Auftragnehmer werden dem jeweiligen Vertragspartner schriftlich mitgeteilt, sofern sich diese nicht unmittelbar aus der jeweiligen Organisationsstruktur des Auftraggebers bzw. Auftragnehmers ergeben.
- (4) Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt.
- (5) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln.

ENTWURF

§ 2 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisung des Auftraggebers. Er verwendet die zur Datenverarbeitung überlassenen Daten für keine anderen Zwecke. Kopien oder Duplikate werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt.
- (2) Der Auftragnehmer sichert im Bereich der auftragsgemäßen Verarbeitung von personenbezogenen Daten die vertragsmäßige Abwicklung aller vereinbarten Maßnahmen zu. Er sichert zu, dass die verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen scharf getrennt werden.
- (3) Der Auftragnehmer erklärt sich damit einverstanden, dass der Auftraggeber jederzeit berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und der vertraglichen Vereinbarungen im erforderlichen Umfang zu kontrollieren, insbesondere durch die Einholung von Auskünften und die Einsichtnahme in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme.
- (4) Die Erbringung der vertraglich vereinbarten Datenverarbeitung findet ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum statt. Jede Verlagerung in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind.
- (5) Der Auftragnehmer setzt für die auftragsgemäße Verarbeitung personenbezogener Daten nur Bedienstete ein, die dem Datengeheimnis unterliegen bzw. der Vertraulichkeit verpflichtet sind (vgl. Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b, 29 und 32 Abs. 4 DSGVO).
- (6) Für die Verarbeitung von Daten in Privatwohnungen im Rahmen von Heimarbeitsplätzen trifft der Auftragnehmer die den Umständen und Zwecken der Datenverarbeitung entsprechenden und geeigneten technischen sowie organisatorischen Maßnahmen. Soweit die Daten in einer Privatwohnung verarbeitet werden, ist der Zugang zur Wohnung durch den Auftraggeber vorher mit dem Auftragnehmer abzustimmen. Der Auftragnehmer sichert zu, dass auch die anderen Bewohner dieser Privatwohnung mit dieser Regelung einverstanden sind.
- (7) Sollte der Schutz personenbezogener Daten durch Maßnahmen Dritter, z.B. Vollstreckungsmaßnahmen oder durch die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber vor Umsetzung dieser Maßnahme zu verständigen. Das Eigentum des Auftraggebers (z. B. Datenträger, Arbeitskopien, Behältnisse) ist rechtzeitig zu kennzeichnen.
- (8) Soweit vom Leistungsumfang erfasst, sind das Recht auf Vergessenwerden, Berichtigung, Datenportabilität und Auskunft der Betroffenen nach dokumentierter Weisung des Auftraggebers unmittelbar durch den Auftragnehmer sicherzustellen.
- (9) An der Erstellung der Verarbeitungsverzeichnisse hat der Auftragnehmer mitzuwirken. Er hat die erforderlichen Angaben dem Auftraggeber zuzuleiten.
- (10) Für die Sicherheit erhebliche Entscheidungen zur Organisation der Datenverarbeitung und zu den angewandten Verfahren sind mit dem Auftraggeber abzustimmen.
- (11) Nicht mehr benötigte Unterlagen mit personenbezogenen Daten und Dateien dürfen erst nach vorheriger Zustimmung durch den Auftraggeber datenschutzgerecht vernichtet werden.
- (12) Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten hat der Auftragnehmer sämtliche in seinen Besitz gelangte Unterlagen und erstellte Verarbeitungs- oder Nutzungsergebnisse, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Auftraggeber auszuhändigen. Die Datenträger des Auftragnehmers sind danach physisch zu löschen. Test- und Ausschussmaterial ist unverzüglich zu vernichten oder dem Auftraggeber auszuhändigen.

§ 4 Unterauftragsverarbeiter

Die Beauftragung von Subunternehmen ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zugelassen. Der Auftragnehmer hat in diesem Falle vertraglich sicherzustellen, dass die vereinbarten Regelungen auch gegenüber Subunternehmen gelten. Er hat die Einhaltung dieser Pflichten regelmäßig zu überprüfen. Die Weiterleitung von Daten ist erst zulässig, wenn der Subunternehmer alle Verpflichtungen, die den Auftragnehmer treffen, entsprechend erfüllt hat.

Bereits jetzt bestehen Unterauftragsverhältnisse mit dem Gebietszentrum Düsseldorf, der Zentralen Scanstelle in Detmold, der ZESAR GmbH sowie mit IT NRW.

§ 5 Datengeheimnis

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der auftragsgemäßen Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Auftraggebers das Datengeheimnis zu wahren. Er verpflichtet sich, die gleichen Geheimnisschutzregeln zu beachten, wie sie dem Auftraggeber obliegen.
- (2) Der Auftragnehmer bestätigt, dass ihm die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften bekannt sind. Der Auftragnehmer sichert zu, dass er die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Bediensteten mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht. Er überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften.
- (3) Auskünfte darf der Auftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Auftraggeber erteilen.
- (4) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer informieren sich gegenseitig unverzüglich über Kontrollhandlungen bzw. Maßnahmen durch die / den jeweiligen Landesdatenschutzbeauftragte/n.
- (5) Der für den Auftragnehmer tätige Beauftragte für den Datenschutz ist dem Auftraggeber anzuzeigen.

§ 6 Datensicherungsmaßnahmen

- (1) Es werden folgende technische und organisatorische Maßnahmen verbindlich festgelegt:
  - Zutrittskontrolle: Maßnahmen, damit Unbefugte keinen Zutritt zu den Datenverarbeitungsanlagen erhalten, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden
    - Datenverarbeitungsräume besitzen ein eigenes Schließsystem
    - Schlüssel besitzt nur mit der Datenauswertung beauftragtes und belehrtes Personal
  - Benutzerkontrolle: Maßnahmen, damit Unbefugte an der Benutzung der Datenverarbeitungsanlagen und -verfahren gehindert werden
    - Zutritt nur für unterwiesenes Personal
    - Sämtliche Rechner- und Auswerteplatzzugänge sind passwortgeschützt
  - Zugriffskontrolle: Maßnahmen, damit die zur Benutzung der Datenverarbeitungsverfahren Befugten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden personenbezogenen Daten zugreifen können
    - Eigens für die Datenaufbereitung vorgehaltener Sicherheitsserver
    - alle Zugriffe sind passwortgeschützt
  - Datenverarbeitungskontrolle: Maßnahmen, damit personenbezogene Daten nicht unbefugt oder nicht zufällig gespeichert, zur Kenntnis genommen, verändert, kopiert, gelöscht, entfernt, vernichtet oder sonst verarbeitet werden
    - Eigens für die Datenaufbereitung vorgehaltener Sicherheitsserver
    - alle Zugriffe sind passwortgeschützt
  - Verantwortlichkeitskontrolle: Maßnahmen, damit es möglich ist, festzustellen, wer welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit verarbeitet hat und wohin sie übermittelt werden sollen oder übermittelt worden sind
    - Alle Bearbeitungs- und Arbeitsschritte werden protokolliert

Dokumentationskontrolle: Maßnahmen, damit durch eine Dokumentation aller wesentlichen Verarbeitungsschritte die Überprüfbarkeit der Datenverarbeitungsanlage und des -verfahrens möglich ist

- Alle Bearbeitungs- und Arbeitsschritte werden protokolliert

Organisationskontrolle: Maßnahmen, damit die innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird

- Funktionstrennung durch eigenen Sicherheitsserver
- Schulung und Unterweisung des Personals
- Regelmäßige Datensicherung
- Passwortschutz aller Programmzugänge

- (2) Der Auftragnehmer beachtet die Grundsätze ordnungsmäßiger Datenverarbeitung. Er gewährleistet die vertraglich vereinbarten und gesetzlich vorgeschriebenen Datensicherheitsmaßnahmen.
- (3) Die technischen und organisatorischen Maßnahmen können im Laufe des Auftragsverhältnisses der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung angepasst werden. Wesentliche Änderungen sind schriftlich zu vereinbaren.
- (4) Soweit die beim Auftragnehmer getroffenen Sicherheitsmaßnahmen den Anforderungen des Auftraggebers nicht genügen, benachrichtigt er den Auftraggeber unverzüglich. Entsprechendes gilt für Störungen sowie bei Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten. Er unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich, wenn eine vom Auftraggeber erteilte Weisung nach seiner Meinung zu einem Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften führen kann. Die Weisung braucht nicht befolgt zu werden, solange sie nicht durch den Auftraggeber geändert oder ausdrücklich bestätigt wird.

§ 7 Haftung

- (1) Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für Schäden, die der Auftragnehmer, seine Bediensteten bzw. die von ihm mit der Vertragsdurchführung Beauftragten bei der Erbringung der vertraglichen Leistung schuldhaft verursachen. Dies jedoch nur bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten.
- (2) Für den Ersatz von Schäden, die ein Betroffener wegen einer nach den Vorschriften für den Datenschutz unzulässigen oder unrichtigen Datenverarbeitung im Rahmen des Auftragsverhältnisses erleidet, ist der Auftraggeber gegenüber den Betroffenen verantwortlich. Soweit der Auftraggeber zum Schadensersatz gegenüber dem Betroffenen verpflichtet ist, bleibt ihm der Rückgriff beim Auftragnehmer vorbehalten.
- (3) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber frei von Ansprüchen nach Maßgabe des Art. 82 Abs. 1 DSGVO bzw. Regelungen des DSG NRW, die dem Auftraggeber in Durchführung dieses Vertrages durch den Auftragnehmer als datenverarbeitende Stelle entstehen, soweit er diese aufgrund vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verhaltens zu vertreten hat. Die Haftung gegenüber Dritten im Außenverhältnis bleibt hiervon unberührt.

§ 8 Sonstiges

- (1) Der Auftragnehmer übereignet dem Auftraggeber zur Sicherung die Datenträger, auf denen sich Dateien befinden, die Daten des Auftraggebers enthalten. Diese Datenträger sind besonders zu kennzeichnen.
- (2) Sollte das Eigentum des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu verständigen.
- (3) Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

§ 10 Schlussbestimmungen

- (1) Diese Vereinbarung wird in ihrer Laufzeit an die der Kooperation zugrundeliegenden Rechtsgrundlage gebunden. Der Vertrag endet somit bei Auftragserledigung bzw. mit Beendigung der Zusammenarbeit.
- (2) Der Auftraggeber kann die Vereinbarung jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragnehmers gegen die Bestimmungen der DSGVO, des DSG NRW oder dieser Vereinbarung vorliegt.
- (3) Sollten einzelne Teile dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht. Änderungen der Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für das Schriftformerfordernis selbst.

Leverkusen, .2021
Für die Stadt Leverkusen

Viersen, .2021
Für den Kreis Viersen

Uwe Richrath
Oberbürgermeister

Dr. Andreas Coenen
Landrat